

Rechtspopulistischen Mobilisierungen
entgegenzutreten –
Willkommenskultur etablieren

Dokumentation der Fachtagungen 2015/2016

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR



DOKUMENTATION DER FACHTAGUNGEN

**Rechtspopulistischen und
rechtsextremen Mobilisierungen
entgegentreten, Willkommenskultur
für Flüchtlinge und Asylsuchende
etablieren**

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

**Hamburg, 8.12.2015
Weinheim, 15.1.2016
Erfurt, 18.1.2016**

Inhalt

Einleitung: Rechtspopulistischen Mobilisierungen entgegentreten!	3
Vom Willkommen zum Ankommen. Zur dauerhaften Integration von Flüchtlingen	5
Handlungsstrategien gegen Rassismus	7
Zusammenarbeit mit Unterkunftsverwaltung, Sicherheitspersonal und Ehrenamtlichen	9
Kommunikationsstrategien mit Anwohner_innen: »Bürgerversammlungen«	11
Einbeziehung der Flüchtlingsperspektive	13
Sicherheitskonzepte: Schutz von Asylsuchenden und Ehrenamtlichen	15

In Kooperation mit



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Migration, Flüchtlinge und
Integration

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie **leben!**

sowie mit freundlicher Unterstützung von:

Arbeit und Leben Hamburg

Verlagshaus Gruner + Jahr

Stadt Weinheim

Denk Bunt - Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit

Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Herausgeberin: Amadeu Antonio Stiftung www.amadeu-antonio-stiftung.de

Autorin: Veronica Frenzel

Redaktion: Theresa Mair, Timo Reinfrank, Tobias Scholz

Fotos: Anna Gold

© Amadeu Antonio Stiftung 2016

Gestaltung: Design

Einleitung: Rechtspopulistischen Mobilisierungen entgegentreten!



Prof. Dr. Beate Küpper von der Hochschule Niederrhein.

Jeden Tag sind Asylsuchende und Flüchtlinge mit rassistischen Anfeindungen, Bedrohungen und Gewalt konfrontiert. Auch Sozialarbeiter_innen, Betreiber_innen von Flüchtlingsunterkünften, Mitarbeiter_innen der Verwaltung und Ehrenamtliche sind immer wieder von Anfeindungen und Übergriffen Rechtsextremer betroffen. Treffen Hetzparolen rechtsextremer Gruppen unwidersprochen auf Vorbehalte von Bürger_innen, entsteht schnell ein Klima der Ablehnung gegenüber Flüchtlingen und den Menschen, die sich für sie einsetzen.

»Es geht jetzt um die Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollen, in einer kleinherzigen, miefigen oder in einer offenen«

Beate Küpper, Professorin an der Fachhochschule Niederrhein.

Vertreter_innen aus Politik, Behörden und Zivilgesellschaft müssen gemeinsam, schnell und entschlossen handeln, Strategien im Umgang mit rechten Populist_innen entwickeln, damit Übergriffe und rassistische Ansichten keinen Platz mehr haben und sich eine Willkommenskultur etabliert. Häufig mangelt es jedoch an Ansprechpartner_innen und Fachwissen, an Kenntnissen der Rechtslage oder Wissen über Mediations-, Kooperations- und Schutzmöglichkeiten, und nicht zuletzt an den Netzwerken.

Gemeinsam mit der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Aydan Özoğuz, und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend organisierte die Amadeu Antonio Stiftung, die gegen Rechtsextremismus und Rassismus kämpft und Initiativen für Zivilgesellschaft und demokratische Kultur fördert, deshalb eine deutschlandweite Fachtagungsreihe.

In 20 Workshops auf drei Veranstaltungen in Hamburg, Weinheim und Erfurt tauschten sich im Dezember 2015 und im Januar 2016 etwa 200 Praktiker_innen und Expert_innen über Strategien und Erfahrungen aus, darunter Bürgermeister_innen, Verwaltungsangestellte, Polizist_innen, Angestellte von Gemeinschaftsunterkünften, Demokratieberater_innen, Ehrenamtliche, und Mitarbeiter_innen der Fach- und Koordinierungsstellen der vom im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben!« Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit« geförderten Partnerschaften für Demokratie (Pfd).

Die derzeit mehr als 200 Partnerschaften bringen Verantwortliche aus der kommunalen Politik und Verwaltung sowie Aktive aus der Zivilgesellschaft, aus Vereinen, Verbänden, Kirchen, bürgerschaftlichen Initiativen zusammen. Die Pfd können die notwendige langfristige Vernetzung und den Austausch von Engagierten über die Tagung hinaus besonders gut leisten.

Nachfolgend finden Sie die relevanten Ergebnisse der Tagungsreihe, praktische Tipps und Denkanstöße für den Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, sowie die Zusammenarbeit mit Asylsuchenden und Flüchtlingen, die von den Teilnehmenden mit den Referierenden entwickelt und in die Diskussion eingeführt worden sind.



Staatsministerin Aydan Özoğuz eröffnet die Fachtagung in Hamburg am 08.12.2015

Vom Willkommen zum Ankommen. Zur dauerhaften Integration von Flüchtlingen

Alle einschlägigen Akteure – Mitarbeiter_innen von Unterkünften, Ehrenamtliche, Demokratieberater_innen, Vertreter_innen von Kirchengemeinden und natürlich Kommunalpolitiker_innen, Sozialarbeiter_innen und Mitarbeiter_innen von Wohlfahrtsverbänden – sind gefragt, geflüchtete Menschen gleichberechtigt an der Gemeinschaft teilhaben zu lassen.

- Asylsuchende brauchen von Anfang an Möglichkeiten zur Entfaltung, zum Beispiel einen Raum, in dem sie sich austauschen und organisieren können. Ihre Handlungsfähigkeit und Kompetenzen sollten im Zentrum stehen, sodass sie ihre Entmündigung überwinden können.
- Unabhängig von ihrer Bleiberechtsperspektive müssen Asylsuchende professionelle Deutschkurse erhalten, um am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und ihr Leben selbstständig gestalten zu können.
- Es ist sinnvoll, Asylsuchende und Arbeitsmarktakteure frühzeitig zusammenzubringen.

Im Rahmen des Projekts W.I.R. (Work and Integration for Refugees) in Hamburg erfasst die Agentur für Arbeit die beruflichen Kompetenzen der Asylbewerber_innen und lotet gemeinsam mit ihnen Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt aus. Im zweiten Schritt können die Asylsuchenden Deutschkenntnisse und notwendige Qualifikationen erwerben. Parallel dazu helfen die Mitarbeiter_innen, Abschlüsse anerkennen zu lassen. Die Agentur für Arbeit steht bei dem Prozess eng mit Unternehmen in Kontakt, damit Jobangebote schnell bei den Geflüchteten ankommen. Weitere Informationen zum Projekt W.I.R.:

<http://bit.ly/1Qdcnle>

Gegen strukturelle Einschränkungen und Ausgrenzung – wie Residenzpflicht, Arbeitsverbote, Zugang zu Bildung und mangelnde Bereitstellung von Ressourcen – können Engagierte kurzfristig wenig tun. Jede_r kann und sollte aber auf diese hinweisen und konkrete politische Forderungen an die zuständigen Stellen richten. So rief beispielsweise die Freudenberg Stiftung die Initiative »Bildungsrecht für Kinder mit Fluchterfahrung: Jetzt!« ins Leben: <http://bit.ly/1S5Visw>

- Pfd Mitarbeiter_innen sollten auf ehrenamtliche Initiativen zugehen, ihnen Fördergelder und kommunale Räume zur Verfügung stellen. Zuwendungen für Flüchtlinge und die Flüchtlingsarbeit sollten nicht isoliert behandelt werden. Die Ankunft von Asylsuchenden soll keine Ausnahmesituation bleiben, sondern muss Normalität und mit anderen Lebensbereichen verknüpft werden.
- Asylsuchende sollten von Anfang an über Vereine, Jugendtreffs, Freiwillige Feuerwehren, Musikgruppen informiert, im besten Fall mit Ansprechpartner_innen in Kontakt gebracht werden. Sportvereine können Fußballländerspiele organisieren, Musikgruppen Liederabende.
- Vor allem im ländlichen Raum spielt Mobilität eine wichtige Rolle für eine gelingende Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben. Ermäßigte oder unentgeltliche Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, Fahrräder und/oder Fahrgemeinschaften sollten bereitgestellt werden.
- Mitarbeiter_innen von Kulturvereinen und Gemeindezentren können Flüchtlinge einladen, in Erzählcafés über ihre Erfahrungen zu berichten. Lockere Gespräche sind ratsamer als ein Vortrag, um einen Vorführeffekt zu vermeiden.

In Mecklenburg-Vorpommern organisierte ein PfD-Mitarbeiter einen Austausch von Schüler_innen mit fluchterfahrenen Deutschen und schaffte es so, Verständnis und Engagement für Flüchtlinge anzuregen. Anschließend wurden moderierte Begegnungen organisiert.

Damit die neuen Mitmenschen an Festen und Veranstaltungen teilnehmen können, organisieren Demokratieberater_innen in mehreren Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern Fahrdienste. Sie engagieren für solche Anlässe außerdem eine_n Dolmetscher_in, um trotz Sprachbarriere einen Austausch zu ermöglichen.

Inklusion oder Integration?

Der Integrationsbegriff wird in der Fachöffentlichkeit kritisch betrachtet. Integration setzt demnach auf eine einseitige Anpassung und Eingliederung, womit eine Wir-Ihr-Polarisierung einhergeht. Im Gegensatz dazu steht der Begriff Inklusion für selbstverständliche Zugehörigkeit und die praktische Teilhabe an der Gesellschaft auf allen Ebenen, die zum Beispiel durch Empowerment ermöglicht wird.



Weitere Beispiele zur Einbindung der neuen Nachbarn:

Die Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: »Menschen stärken Menschen«:

<http://bit.ly/1M9w684>

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung: »Ankommen in Deutschland – Bildung und Teilhabe für geflüchtete Kinder und Jugendliche«: bit.ly/1RXYjRy

Die Aktion des Erzbistums Köln: »Aktion neue Nachbarn«:

<http://bit.ly/22vMtD4>

Handlungsstrategien gegen Rassismus



Rassismus ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Menschen werden nach rassistischen Kategorien negativ bewertet, wodurch ein gesellschaftliches Machtverhältnis entsteht, in welchem die Konstruktion der ethnischen Zugehörigkeit in allen Lebensbereichen wie ein Platzanweiser wirkt - auch auf Flüchtlinge. Daher ist es wichtig, Rassismus auf persönlicher, interpersoneller, kultureller und institutioneller Ebene zu benennen und entgegenzutreten. Grundsätzlich gilt: Der regelmäßige Austausch mit Geflüchteten in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen hilft, Vorurteile abzubauen. Wissen über Rassismus, Fluchtursachen und die Lebensrealität von Asylsuchenden verändert die Haltung. (→ Vom Willkommen zum Ankommen)

Symbolpolitik, »Politik der klaren Signale«:

Politiker_innen und Multiplikator_innen müssen sich klar positionieren, klare Signale senden, eine Vorbildfunktion einnehmen, rechtsextreme Aufmärsche, Aktivitäten und Parolen verurteilen, Gegendemonstrationen organisieren. Auch der Umgang mit Rassismus in den eigenen Strukturen sollte reflektiert werden. Innerhalb der Verwaltung muss die Arbeit mit Asylsuchenden und gegen Rassismus mehr Wertschätzung erfahren.

Soziale Inklusion und Zusammenhalt stärken, demokratische Kultur fördern:

■ Verwaltungsangestellte sollten mit Weiterbildungsprogrammen zu interkultureller Bildung, Rassismus und demokratischer Kultur geschult werden. Multiplikator_innen sollten Argu-

mente gegen rassistische Äußerungen parat haben (*Argumentationshilfen bietet die Broschüre der Amadeu Antonio Stiftung und Pro Asyl: »Pro Menschenrechte. Contra Vorurteile.«*: <http://bit.ly/1Ts6LbE>)

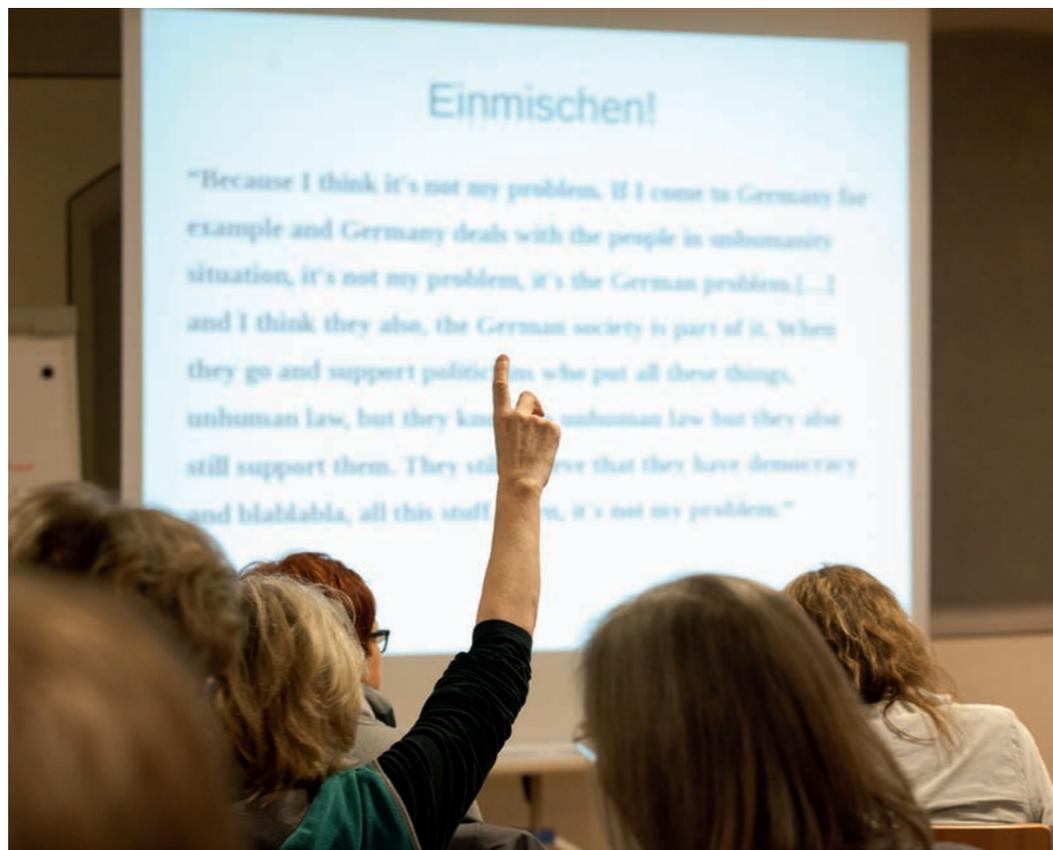
- Betroffene rassistischer Übergriffe müssen unabhängig ihres Aufenthaltsstatus Zugang zu Beratungsangeboten haben und gestärkt werden (Empowerment). Die physischen und psychischen Folgen der Taten müssen behandelt werden, und zwar in Deutschland, wo sie entstanden sind. Die Menschen müssen Schutzräume erhalten, ihnen muss mindestens bis zum Abschluss des Strafverfahrens und bis zum Ende der Behandlung der Schäden das Bleiberecht gewährleistet werden. Multiplikator_innen sollten entsprechende Forderungen stellen.
- Mitarbeiter_innen in Unterkünften müssen den Bewohner_innen deutlich signalisieren, dass sie bei Übergriffen ein offenes Ohr und Unterstützung finden.

Interkulturelle Öffnung:

Durch (verpflichtende) Fortbildungen zu Rassismus muss ein Bewusstsein über Alltagsrassismus geschaffen, sowie Strategien für eine nicht-rassistische Organisation entwickelt werden, in der alle gleichberechtigt Zugang zu Bildung, Kultur, Sport etc. haben.

Repression:

Rassistische Übergriffe müssen konsequent verfolgt und Hintergründe von ordnungspolitischen Akteuren, Polizei und Justiz klar benannt werden.



Zusammenarbeit mit Unterkunftsverwaltung, Sicherheitspersonal und Ehrenamtlichen

Auch Mitarbeiter_innen von und im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften können eine von Rassismus geprägte Haltung haben. Problematisch sind nicht nur bestehende Vorurteile. Aus negativen Erlebnissen im Umgang und bei der Arbeit mit Asylsuchenden können rassistische Annahmen verfestigt und gestärkt werden. Haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter_innen sind möglicherweise irritiert, wenn Asylsuchende nicht bereit sind für streng getakteten Deutschunterricht, wenn sie das Angebot an Kleiderspenden nicht annehmen, wenn sie sich diskriminierend äußern.

- Die Verantwortlichen in den Unterkünften sollten sich regelmäßig nach den Bedürfnissen und Sorgen von Angestellten und Ehrenamtlichen erkunden. Auch Bedenken und Ängste müssen diskutiert werden. Rassistische Vorbehalte müssen reflektiert und thematisiert werden. Probleme, Konflikte und Missverständnisse müssen frühzeitig erkannt und aus dem Weg geräumt werden.

In einer Hamburger Unterkunft, in der es zu rassistischer Hetze gekommen war, stellte sich in anschließenden Gesprächen heraus, dass den Sicherheitsmitarbeiter_innen die Möglichkeit fehlte, in einer schwierigen Situation Abstand zu gewinnen. Nachdem ein verschließbarer Pausenraum eingerichtet wurde, verbesserte sich die Situation spürbar.

- Sicherheits- und Betreiberfirmen müssen Bewerber_innen genau prüfen. In der Stellenausschreibung sollte stehen, dass die künftigen Mitarbeiter_innen (auch) in Flüchtlingsunterkünften arbeiten werden. Im Bewerbungsgespräch sollten konkrete Situationen besprochen werden, zum Beispiel wie man mit Anfeindungen aus der Nachbarschaft und mit Konflikten unter Bewohner_innen umgehen würde. Die Aufgaben müssen klar benannt sein. Bei Sicherheitsfirmen sollten das Schutz der Geflüchteten und Deeskalation bei Streitereien in der Unterkunft sein.
- Langfristig sollten alle Mitarbeiter_innen im Umfeld von Unterkünften in Fortbildungen für Rassismus sensibilisiert und über Fluchtgründe und Fluchterfahrung informiert werden. Übungen, bei denen die Mitarbeiter_innen sich in die Situation der Geflüchteten versetzen, lehren Empathie. Jeder sollte außerdem in der Lage sein, Symbole von Nazis (einschlägige Marken, Codes etc.) zu erkennen. In Rollenspielen kann geübt werden, wie am besten auf rassistische Propaganda reagiert und wie Sorgen der Anwohner_innen begegnet werden kann.
- Im Idealfall sollten keine Subunternehmen zwischengeschaltet werden. Zwischenebenen erschweren die Kommunikation mit den Mitarbeiter_innen.
- Eine externe Mediation kann die Kommunikation erleichtern. Mitarbeiter_innen der PfD-Fach- und Koordinierungsstellen können »runde Tische« einberufen, Gesprächsangebote für Helfer_innen und Mitarbeiter_innen organisieren. Psycholog_innen an Uni-Kliniken können Haupt- und Ehrenamtlichen helfen, einen besseren Umgang mit traumatisierten Flüchtlingen zu finden. Supervisor_innen können bei Reflexion, Verarbeitung und Umgang mit Problemen unterstützen.

Angestellte der Stadt Marburg überlassen die Kommunikation nicht den Betreiberfirmen, sondern suchen direkt den Kontakt mit Sicherheitspersonal, Mitarbeiter_innen von Unterkünften und Ehrenamtlichen. Alle Beteiligten - Politiker_innen, Behördenmitarbeiter_innen, Polizist_innen, Mitarbeiter_innen und Nachbar_innen von Unterkünften - treffen sich regelmäßig, um über Missstände, Frustration und Vorfälle zu sprechen. Ängste und Sorgen des Personals und der Anwohner_innen sowie Vorkommnisse werden diskutiert und aufgeklärt und gleichzeitig wird verhindert, dass einer Gruppe negative Eigenschaften zugeschrieben werden.



Kommunikationsstrategien mit Anwohner_innen: »Bürgerversammlungen«

Rechtsextreme kaperten im August 2013 die Veranstaltung des Bezirks Berlin-Hellersdorf und hetzten dort offen gegen Flüchtlinge. Politiker_innen und Mitarbeiter_innen der zuständigen Behörden schauten überrumpelt zu. Ähnliche Situationen haben Kommunen in der ganzen Bundesrepublik erlebt. Rechtsextreme nutzen gezielt Veranstaltungen zum Thema, um Stimmung gegen Zuwanderung zu machen. Sie mischen sich ins Publikum, stellen sich als besorgte Bürger_innen dar, befeuern Ängste.

- Politiker_innen sowie Verwaltungsangestellte sollten sich über das rassistische Potential in der Umgebung informieren, gegebenenfalls Unterstützung und Beratung suchen.
- PfD-Mitarbeiter_innen sollten die Angestellten der Kommunen aktiv über die Herausforderung einer solchen Informationsveranstaltung aufklären, auf das rechtsextreme Mobilisierungspotential und Handlungsanweisungen hinweisen.
- Von Anfang an muss klar sein, dass die Unterkunft selbst nicht zur Debatte steht, dass nicht das Ob, sondern das Wie verhandelt wird. Im Titel muss eine menschenrechtsorientierte Positionierung deutlich werden.
- Rechtsextreme kann man im Vorhinein offiziell ausladen, wenn die Veranstaltung in einem geschlossenen, nicht öffentlichen Raum stattfindet, zum Beispiel in einer Kirche oder in Vereinsräumen. In der Einladung (und bei allen Hinweisen auf die Veranstaltung) muss dann eine entsprechende Klausel stehen. Allerdings sind nicht alle Gegner_innen von Unterkünften in rechtsextremen Organisationen aktiv.
- Von einer öffentlichen Veranstaltung können rechte Hetzer_innen nur nach einer »groben Störung« ausgeschlossen werden. Es ist sinnvoll, eine_n Rechtsanwält_in dazu zu bitten. Die zuständige Polizeibehörde muss in jedem Fall zu der Veranstaltung eingeladen werden.
- Andere Möglichkeiten, um organisierte Rechtsextreme auszuschließen: Zu einer Veranstaltung, die als Einwohnerversammlung angemeldet ist, sind nur Bewohner_innen der Gemeinde zugelassen, zu einer Anwohnerversammlung nur Bewohner_innen bestimmter Straßenzüge.
- Aufs Podium müssen wichtige Akteure aus der Nachbarschaft: Politiker_innen, Vereinsvorsitzende, Vertreter_innen von Kirchen oder Moscheen, Mitglieder von migrantischen Selbstorganisationen, Mitarbeiter_innen der künftigen Unterkunft und Polizist_innen. Die Anwohner_innen sehen, dass das Umfeld für eine Willkommenskultur steht, dass sie ernst genommen werden.
- Muss man davon ausgehen, dass eine rassistische Stimmung herrscht, kann man das Publikum bitten, Fragen schriftlich zu verfassen. Die Redezeit muss begrenzt sein.

In Worms lud die Gemeinde ein, in per Losverfahren zusammengestellten Kleingruppen eine bestimmte Zeit über die Unterkunft zu reden. In jeder Gruppe saß ein_e Moderator_in und ein/e Protokollant_in. Die Leitfrage lautete: »Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit die Stadt Schutzsuchenden in ausreichender und menschenwürdiger Form eine Bleibe bieten kann?«

- Auf viele Vorbehalte kann man sich vorbereiten. Auf den rassistischen Hintergrund der Kritik, bei der Entscheidung zum Bau einer Sammelunterkunft für Flüchtlinge nicht beteiligt worden zu sein, kann man gut hinweisen. Bei anderen kommunalen Entscheidungen ist die angeblich fehlende Beteiligung schließlich auch kein Thema. Polizist_innen können Auskunft über die Kriminalitätsstatistik geben.

Anwohner_innen einer geplanten Flüchtlingsunterkunft, die fürchteten, die Grundstückspreise würden sinken, schlug ein Bürgermeister in Norddeutschland einen entwaffnenden Deal vor. Wären die Preise in fünf Jahren tatsächlich gesunken, würde er ihnen aus der Gemeindegasse die Differenz zahlen. Wären die Grundstückspreise aber in fünf Jahren gestiegen, müssten die Anwohner_innen die Differenz an die Gemeinde zahlen. Danach war das Thema erledigt.



Ausführliche Leitfäden für Veranstaltungen zu Unterkünften:

»Keine Bühne für Rassismus« der MBR Berlin gibt praktische Empfehlungen, wie die Instrumentalisierung von öffentlichen Informationsveranstaltungen durch Rechtsextreme verhindert werden kann:

<http://bit.ly/1RxUXOH>

»Feste Feiern ohne Nazis« der MBR Berlin zeigt auf wie Störaktionen von Rechtsextremen und Rassist_innen erfolgreich verhindert werden können:

<http://bit.ly/1VE7eqU>

»Leitfaden für eine Informationsveranstaltung zum Thema »Flüchtlingsunterkünfte« gibt hilfreiche Tipps, um Rechtsextremen und Rassist_innen keine Bühne zu bieten:

<http://bit.ly/1QuCQtp>

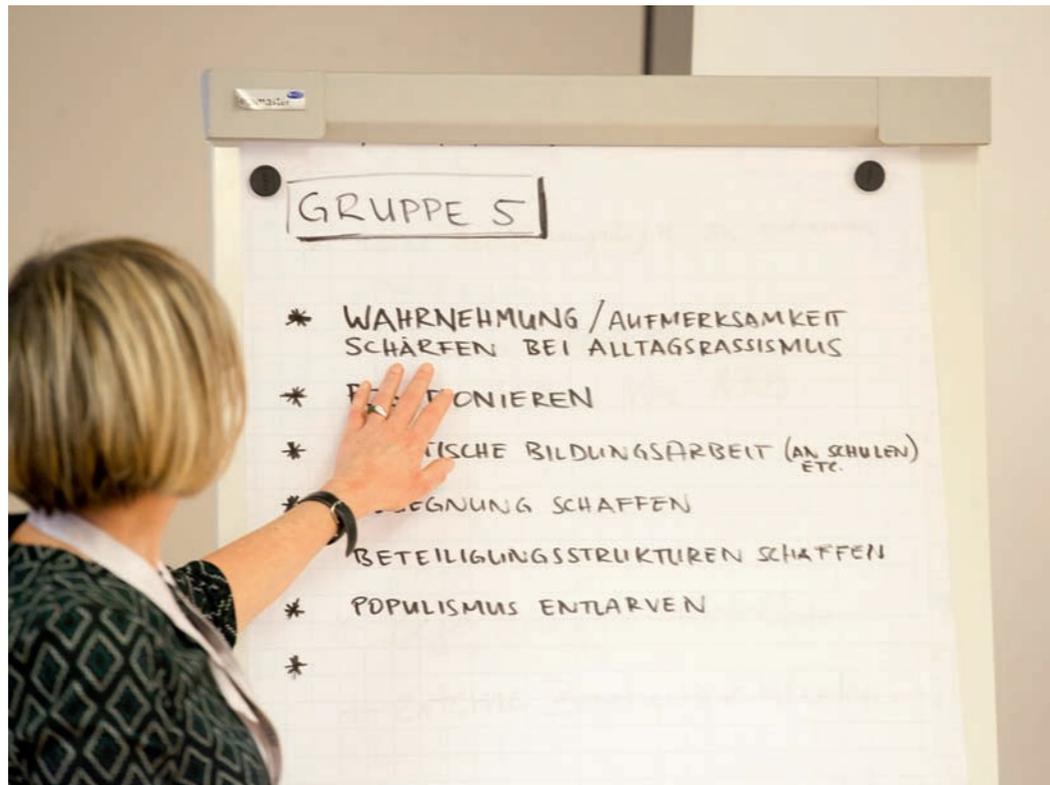
Einbeziehung der Flüchtlingsperspektive

Obwohl viele Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft mit Flüchtlingen zu tun haben, entsteht oft kein Austausch auf Augenhöhe. Selbst nach Jahren in Deutschland haben viele geflüchtete Menschen das Gefühl, nicht als gleichwertige Bürger_innen anerkannt zu werden. Viele fühlen sich nicht berechtigt, Kritik an rassistischen Verhaltensweisen zu üben, Veränderung zu fordern.

- Die individuelle Situation des geflüchteten Menschen muss berücksichtigt, Bevormundung vermieden werden. Geflüchtete dürfen nicht nur als Opfer wahrgenommen werden. Flucht und Asylantrag bestimmen nicht die Identität eines Menschen. Je nach Alter, Geschlecht und sexueller Orientierung, Herkunft und Erfahrung haben die Menschen, die nach Deutschland kommen, unterschiedliche Probleme, Bedürfnisse und Einstellungen.
- Interkulturelle Seminare und rassistuskritische Fortbildungen sensibilisieren für Diskriminierung und vorurteilsgeprägte Haltungen.
- Jeder kann sich selbst fragen: Sieht man Asylsuchende als gleichberechtigte Partner_innen an? Fragt man die Menschen, was sie brauchen? Welche Erwartungen hat man ihnen gegenüber? Kann für die Perspektive geflüchteter Menschen Verständnis aufgebracht werden?
- Vorträge zu Fluchtursachen und den Folgen der Globalisierung organisieren zum Beispiel Zentren für politische Bildung. Sie vermitteln Grundlagenwissen zum Thema Flucht und Migration. In Baden-Württemberg wurden bei Veranstaltungen zu neuen Unterkünften zum Beispiel die Waffenexporte der heimischen Firmen zum Thema gemacht.
- Flüchtlinge haben meist klare Vorstellungen von ihrem Leben und ihren Bedürfnissen. Sie wissen, welche Unterstützung sie brauchen. Falls Selbsthilfegruppen von Geflüchteten bereits existieren, muss mit ihnen zusammengearbeitet werden.

In Bayern haben die Bewohner_innen einer Unterkunft acht Sprecher_innen gewählt, die gegenüber der Verwaltung und Ehrenamtlichen ihre Interessen vertreten. Je drei der Sprecher_innen nehmen an Treffen interdisziplinärer Arbeitskreise teil und vertreten die Position der Asylsuchenden. In einer anderen bayerischen Unterkunft setzen sich die Mitarbeiter_innen regelmäßig mit Kleingruppen von Asylsuchenden zusammen, um Probleme und Bedarfe zu eruieren.

Um Menschen bei uns willkommen zu heißen, reicht es auf Dauer nicht, nur in Form von Kleiderspenden oder Deutschkursen humanitäre Hilfe zu leisten. Engagement für Flüchtlinge kann langfristig nicht unpolitisch sein. Asylsuchende dürfen sich weder frei bewegen noch niederlassen, ihren Beruf nicht frei bestimmen, nicht wählen gehen. Demonstrationen und Informationsveranstaltungen sind ein Mittel, um auf strukturelle Benachteiligung hinzuweisen. Bei öffentlichen Auftritten sowie im Gespräch, vor allem mit Politiker_innen, sollten Multiplikator_innen auf die Einschränkung der Grund- und Menschenrechte für Asylsuchende hinweisen sowie für eine Änderung der Situation eintreten.



Perspektivwechsel

Fortbildungen bietet zum Beispiel das Interkulturelle Bildungsnetzwerk Baden-Württemberg: <http://www.bildungsnetzwerke-bw.de>

Materialien des Netzwerkes rassismuskritische Migrationspädagogik: www.rassismuskritik-bw.de
 Amadeu Antonio Stiftung: »Hier zu leben, hat mich sehr wachsen lassen – Lebenssituationen von einheimischen und geflüchteten Muslim_innen aus Mecklenburg-Vorpommern«:
<http://bit.ly/1Rk5AYn>

Weiterführende Literatur:

Hassan Ali Djan (2015): Afghanistan. München. Ich. Meine Flucht in eine bessere Welt. Herder
 Jakob, Christian (2016): Die Bleibenden. Wie Flüchtlinge Deutschland seit 20 Jahren verändern. Ch Links Verlag

Sicherheitskonzepte: Schutz von Asylsuchenden und Ehrenamtlichen

Im vergangenen Jahr vervielfachten sich die körperlichen Übergriffe auf Asylsuchende im Vergleich zu 2014, ebenso die Zahl der Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte. Die Dunkelziffer ist hoch, viele Asylsuchende bringen Übergriffe nicht zur Anzeige. Auch Menschen, die sich für Flüchtlinge engagieren, sind immer häufiger von Angriffen betroffen. Besonders in ländlichen Regionen, wo jede_r jeden kennt, wirken Einschüchterungsversuche.

- Zivilgesellschaftliche Akteure müssen in der Debatte über die Ankunft von Flüchtlingen frühzeitig das Wort ergreifen. Sie müssen eine klare Haltung vertreten, auf Vorbehalte reagieren. Potentiellen Brandstifter_innen und Hetzer_innen muss deutlich signalisiert werden: »wir sind viele und wir verurteilen euch.«

Wenige Stunden nach einer von Rechtsextremen gekaperten Veranstaltung zu einer neuen Flüchtlingsunterkunft brannte im Norden von Mecklenburg-Vorpommern eine (noch nicht bezogene) Unterkunft. Im Vorfeld hatten Rechtsextreme in sozialen Netzwerken und auf Demos massive Hetze verbreitet. Lokalpolitiker_innen und Akteure aus der Zivilgesellschaft hatten sich in der Debatte kaum geäußert.

- Zivilgesellschaftliche Akteure aus allen Lebensbereichen müssen Allianzen formen, am besten bevor Flüchtlinge zuziehen. Ein gutes Instrument, um ein Netzwerk zu etablieren, sind »Runde Tische«.
- Vertreter_innen von Religionsgemeinschaften sind wichtige Partner. Auf Veranstaltungen und bei Gottesdiensten können sie Ängste der Menschen ansprechen, gegen Menschenfeindlichkeit und für Nächstenliebe eintreten, Begegnungen mit Geflüchteten organisieren. Sie können auch demokratischen Akteure vernetzen.
- Bündnisse müssen sich öffentlich präsentieren und positionieren, mit Plakaten und Flyern, einer Website und in Sozialen Netzwerken wie Facebook und Twitter.
- Listen mit Kontaktdaten aller Menschen, die in der Gemeinde mit Asylsuchenden zusammenarbeiten oder eine wichtige Rolle inne haben, sind hilfreich, um in Krisensituationen schnell und geschlossen zu reagieren.
- Ist das rechtsextreme Potential im Umfeld groß, sollten Menschen, die sich engagieren, eine Auskunftssperre im Einwohnermeldeamt und bei der KFZ-Zulassungsstelle beantragen. Die Behörden geben dann keine persönlichen Daten weiter. Weitere Schutzmaßnahmen finden Sie in der Broschüre von LOBBI-MV: »Im Fokus von Neonazis«:
<http://bit.ly/22i9FVm>

Hetze in Sozialen Netzen

Neonazis nutzen soziale Netzwerke als Propagandamedium. Sie nähren Vorurteile auf Nein-zum-Heim-Facebook-Seiten - auch mit Gerüchten - um die vermeintliche »Wir-Gruppe« gegen die »feindlichen Anderen« aufzuhetzen. Sie wollen rationale Argumente entkräften, Unruhe und Aggressionen anstacheln. Wer auf rechten Facebook-Seiten in die Debatte einsteigt, begibt sich in Gefahr, selbst Zielscheibe von Attacken zu werden. Die Hetzer_innen selbst erreicht man mit Argumenten meist nicht, jedoch (stille) Mitlesende. Die beste Antwort auf die lokale rechtsextreme Facebook-Seite: eine Willkommen-Seite.

Die rechten Seiten dienen als Recherchewerkzeug. Mit wem hat man es zu tun? Welche Aktionen sind geplant? Wer wird diffamiert? Stehen konkrete Menschen im Visier der Kommentare, sollten Opferberatungsstellen informiert und Solidarität gegenüber den Attackierten gezeigt werden. Als Bündnis oder Behörde kann zum Beispiel eine Pressemitteilung sinnvoll sein.

Gegenrede im Netz sollte allgemein aktiv gefördert werden und dazu aufgerufen werden, rassistische Inhalte bei Netzwerkbetreibern zu melden. Weitere Hinweise: Amadeu Antonio Stiftung: »Geh sterben! - Umgang mit Hate Speech und Kommentaren im Internet« <http://bit.ly/1Uko7Yy>

Weitere Leitfäden für eine Willkommenskultur

Amadeu Antonio Stiftung: »Refugees Welcome - Gemeinsam Willkommenskultur gestalten«: <http://bit.ly/1hLVTAj>

Amadeu Antonio Stiftung: »15 Punkte für eine Willkommensstruktur in Jugendeinrichtungen«: <http://bit.ly/22F5FLf>

Beratungsprojekt »Willkommenskultur vs. Rechtsextremismus« c/o gsub-Projektgesellschaft mbH: »Willkommenskultur vs. Rechtsextremismus - Handlungsansätze aus der Arbeit vor Ort«: <http://bit.ly/1UBXk8B>

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Hamburg: »Geflüchtete Willkommen heißen!«: <http://bit.ly/1L6Brwl>

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin: »Was tun, damit's nicht brennt?«: <http://bit.ly/1TVs0kC>

Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern e.V.: Sonderausgabe »Flüchtlingshilfe konkret«: <http://bit.ly/1T68MZX>

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (Hg.): Demokratiestärkung im ländlichen Raum Herausforderungen und Unterstützungsbedarfe kommunaler Verantwortungsträger_innen: http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/themen_materialien/demokratiestaerkung/doku-fachwerkstatt-demokratiestaerkung.pdf

UNTERSTÜTZEN SIE INITIATIVEN FÜR EIN DEMOKRATISCHES MITEINANDER

Die Amadeu Antonio Stiftung setzt sich für eine demokratische Zivilgesellschaft ein, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Sexismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wendet. Hierfür hat sie bereits über 950 lokale Initiativen überall in Deutschland unterstützt - die sich in Jugendarbeit und Schule, in der Opferberatung, in kommunalen Netzwerken und vielen anderen Arbeitsbereichen engagieren. Dazu gehören Projekte wie:

- die Bildungsarbeit der AStA der Universität Rostock zur Asylpolitik
- das Festival »Jamel rockt den Förster« in Nordwestmecklenburg
- die Theatertour »Asylant im Wunderland«

Die Stiftung ist nach Amadeu Antonio benannt, der 1990 von rechtsextremen Jugendlichen im brandenburgischen Eberswalde zu Tode geprügelt wurde, weil er eine schwarze Hautfarbe hatte. Er war eines der ersten von heute fast 200 Todesopfern rechtsextremer Gewalt seit dem Fall der Mauer.

Die Amadeu Antonio Stiftung wird unter anderem von der Freudenberg Stiftung unterstützt und arbeitet eng mit ihr zusammen. Sie ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen und hat die Selbstverpflichtung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterzeichnet.

Kontakt

Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstraße 12
10115 Berlin
Telefon: 030. 240 886 10
Fax: 030. 240 886 22

- ✉ info@amadeu-antonio-stiftung.de
- 🌐 amadeu-antonio-stiftung.de
- 📘 [facebook/AmadeuAntonioStiftung](https://facebook.com/AmadeuAntonioStiftung)
- 🐦 twitter.com/AmadeuAntonio



Spendenkonto

GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00
SWIFT-BIC: GENODEM1GLS

Bitte geben Sie bei der Überweisung eine Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zuschicken können.

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

Überall in Deutschland sind Flüchtlinge derzeit akut von rassistischer Gewalt bedroht. Sie werden bedrängt und geschlagen, müssen Brandanschläge auf ihre Unterkünfte fürchten und sind oft nur durch Aufgebote der Polizei, Wachschutz oder Zivilgesellschaft zu schützen. Versuche rechtsextremer Gruppen, aus diffusen Ängsten Kapital zu schlagen und mit Hetzparolen zu mobilisieren, haben vielerorts Erfolg. Verwaltung, Behörden und Helfende sind in dieser Situation dringend auf gegenseitige Unterstützung und unkomplizierten Austausch angewiesen. Die in Kooperation der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Familie und Jugend sowie der Amadeu Antonio Stiftung durchgeführten Fachtagungen sollten diesen Austausch ermöglichen.

Verwaltungen sowie Fach- und Koordinierungsstellen der Partnerschaften für Demokratie waren eingeladen, im kollegialen Gespräch gemeinsam Problemlösungen und Strategien gegen rechtspopulistische und rechtsextreme Mobilisierungen zu entwickeln, um eine nachhaltige Willkommenskultur in Deutschland zu etablieren. Diese Dokumentation fasst die Ergebnisse zusammen und formuliert Handlungsanweisungen im Umgang mit rechtspopulistischer Hetze.

